

## Antrag

**der Abgeordneten Beatrix von Storch, Dr. Gottfried Curio, Dr. Bernd Baumann, Martin Hess, Jochen Haug, Dr. Christian Wirth, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Peter Felser, Nicole Höchst, Stefan Keuter, Jörn König, Tobias Matthias Peterka, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD**

### **Verbot der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als bundesweite Organisation der Ülkücü-Bewegung**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  1. Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ (Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu, abgekürzt: ADÜTDF) gehört als Dachverband der, „Graue Wölfe“ genannten, Anhänger der „Ülkücü-Bewegung“ zu den größten und bedrohlichsten rechtsextremistischen Organisationen in Deutschland.
  2. Die Föderation der ADÜTDF propagiert ein „europäisches Türkentum“, mit dem sie türkischstämmige deutsche Staatsbürger als „Türken“ vereinnahmt und die Herausbildung von türkisch-islamischen Parallelgesellschaften fördert.
  3. Mit dem Slogan „Werde Deutscher, bleibe Türke!“ fordert die ADÜTDF Türkeistämmige auf, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, um eine türkisch-nationalistische und islamistische Lobby in Deutschland aufzubauen.
  4. Die ADÜTDF unterstützt mit ihrer türkisch-nationalistischen Ausrichtung die repressive und menschenrechtsfeindliche Politik des Erdoğan-Regimes, unter der gegenwärtig insbesondere kurdische Volksangehörige und Armenier zu leiden haben.
  5. Als verlängerter Arm des Erdoğan-Regimes bedrohen ihre Mitglieder und Sympathisanten in Deutschland Andersdenkende, besondere türkischstämmige Regimekritiker und Angehörige ethnischer Minderheiten wie Kurden und Armenier.
  6. Die rassistische Ideologie der ADÜTDF, die auf einer vermeintlichen „Überlegenheit des Türkentums“ aufbaut, widerspricht nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes elementaren Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

7. In ihrer türkisch-nationalistischen, islamistischen und rassistischen Ausrichtung ist die ADÜTDF eine erhebliche Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung, das Zusammenleben unterschiedlicher Volksgruppen und den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. festzustellen, dass die bundesweit tätige ADÜTDF mit Sitz in Frankfurt am Main eine gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung ausgerichtete Organisation des Ausländerextremismus im Sinne von § 3 Absatz 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes ist,
  2. die ADÜTDF aufgrund der in Nummer 1 getroffenen Feststellung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes zu verbieten,
  3. gemeinsam mit den zuständigen Landesministern über ein koordiniertes Vorgehen gegen die zahlreichen in der ADÜTDF zusammengeschlossenen lokalen „Idealistenvereine“ zu beraten, mit dem Ziel, diese als Organisationen der „Ülkücü“-Bewegung zu verbieten und ihre verfassungsfeindlichen Aktivitäten zu unterbinden.

Berlin, den 26. März 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“ (ADÜTDF) ist der größte Verband der „Ülkücü“-Bewegung („Grauen Wölfe“) in Deutschland. Von der ADÜTDF, die im Folgenden nach gängigem Sprachgebrauch auch „Türk Federasyon“ genannt wird, haben sich die ATB (Europäisch-Türkische Union) und die ATIB (Türkisch Islamische Union Europa) als stärker religiös ausgerichtete Verbände „Grauer Wölfe“ abgespalten. Zusammen gehören zu Türk Federasyon, ATIB und ATB bundesweit etwa 300 lokale Vereine. Mit geschätzt mindestens 18.000 Mitgliedern übertreffen sie die Mitgliederzahl der NPD um mehr als das Dreifache. Obwohl die „Grauen Wölfe“ damit das größte rechtsextremistische Milieu in Deutschland bilden, ergingen gegen ihre Vereinigungen seitens des Bundesinnenministeriums bisher keine Verbotsverfügungen. Dies steht im auffallenden Gegensatz zu den zahlreichen Verboten von Vereinigungen deutscher Rechtsextremisten und den Verboten von Vereinigungen kurdischer Extremisten.

Der rechtsextremistische Charakter der „Ülkücü“-Bewegung oder „Grauen Wölfe“ ist allgemein bekannt und ihre Militanz berüchtigt. Die „Ülkücü“-Bewegung entstand Mitte des 20. Jahrhunderts in der Türkei, organisierte sich dort seit den 1960er Jahren in der Partei MHP, die seit den Parlamentswahlen im November 2015 als Verbündeter der AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan mitregiert und seine minderheitenfeindliche und imperialistische Politik unterstützt.

Das politische Ziel der „Grauen Wölfe“, die sich selbst als „Idealisten“ (Ülkücü) bezeichnen, ist die Errichtung eines großtürkischen Reiches („Turan“). „Turan“ steht für einen ethnisch homogenen Staat aller Turkvölker, der sich vom Balkan bis nach Innerasien bzw. sogar China erstrecken soll. Ideologische Basis der „Ülkücü“-Bewegung ist ein extremer türkischer Nationalismus, der in einer vermeintlichen Überlegenheit der „turanischen“ Rasse begründet sein soll.<sup>1</sup>

Historisch geht der „Panturanismus“ zurück auf die 1930er Jahre und insbesondere die damalige Zeitschrift „Bozkurt“ (Grauer Wolf), die für seine Anhänger namensgebend wurde. Ursprünglich war diese nationalistische, dem Nationalsozialismus verwandte Ideologie säkular oder neuheidnisch geprägt. Seit den 1960er Jahren setzte sich aber die Vorstellung einer „türkisch-islamischen Synthese“ durch, nach der Türkentum und Islam unabdingbar zusammengehören. Der vorherrschende Turanismus duldet keine Andersgläubigen und strebt eine Art theokratische Herrschaftsordnung an. Eines seiner Wesensmerkmale ist ein extremer Autoritarismus und Führerkult. So genießt Alparslan Türkeş, der Gründer der MHP als „Oberster Führer“ (Başbuğ) oder „Oberwolf“ bzw. „Leitwolf“ bis heute größte Verehrung.<sup>2</sup>

Feindbilder der Grauen Wölfe sind alle „nicht-türkischen“ Gruppierungen und Völker, die sich auf dem ehemaligen Gebiet des Osmanischen Reiches befinden. Dazu gehören insbesondere Volksgruppen wie Kurden und Armenier. Da die Grauen Wölfe eine Vereinigung der Türken als Muslime anstreben, richtet sich ihre Feindschaft nicht nur gegen ethnische Minderheiten, sondern auch gegen Andersgläubige wie Juden und Christen. Zu den Wesensmerkmalen ihrer Ideologie gehört der Antisemitismus, der sich in verschiedenen Formen, in religiöser Ablehnung als Ungläubige ebenso wie in rassistischen Vorstellungen vermeintlicher „Minderwertigkeit“ und besonders auch in Verschwörungstheorien von Juden als angeblichen „Strippenziehern“ eines internationalen „Imperialismus“ äußern kann.<sup>3</sup> Die Feindschaft der „Grauen Wölfe“ gilt besonders den christlichen Armeniern. Der in der Schlussphase des Osmanischen Reiches begangene Genozid an den Armeniern wird von den Ülkücü-Anhängern entweder gerechtfertigt oder als solcher geleugnet. Die turanistische Ideologie schließt von vornherein jede Gleichberechtigung von Nationalitäten und Religionen aus. Alle politischen Kräfte, die für Selbstverwaltung oder Gleichstellung eintreten, werden als vermeintliche Landesverräter bekämpft. Sie legitimiert die Angriffe „Grauer Wölfe“ auf politische Gegner (Kommunisten, Gewerkschafter u. a.) nicht nur in der Türkei, sondern auch außerhalb der Landesgrenzen der Türkei.<sup>4</sup> Der großtürkischen Ideologie inhärent ist ein aggressiver

<sup>1</sup> Zur Ideologie der Ülkücü“-Bewegung und ihrer Geschichte: Kemal Bozay: Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland: [www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland); [www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-auslaenderextremismus-ohne-islamismus/was-ist-auslaenderextremismus/rechtsextremistische-tuerken](http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-auslaenderextremismus-ohne-islamismus/was-ist-auslaenderextremismus/rechtsextremistische-tuerken). Zur aktuellen Rolle der MHP: [www.tagesspiegel.de/politik/koalition-mit-nationalisten-erdogan-wird-zur-geisel-seiner-helfer/26866278.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/koalition-mit-nationalisten-erdogan-wird-zur-geisel-seiner-helfer/26866278.html).

<sup>2</sup> Kemal Bozay: Graue Wölfe – die größte rechtsextreme Organisation in Deutschland, a. a. O.; Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): „Ich bin stolz, Türke zu sein!“ Graue Wölfe und türkischer (Rechts-)Nationalismus, S. 37.

<sup>3</sup> Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2019, S. 262.

<sup>4</sup> Eingehend zur Minderheitenfeindlichkeit der turanistischen Ideologie: Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): „Ich bin stolz, Türke zu sein!“, S. 15-19.

Imperialismus, der sich im Zuge des Bergkarabach-Konflikts gegen Armenien richtet. Dieser bedroht auch die armenische Diaspora in Deutschland.<sup>5</sup>

Das Erkennungssymbol („Wolfsgruß“) der „Ülkücü“-Bewegung geht zurück auf den mythischen Grauen Wolf, der die Turkvölker aus Innerasien nach Anatolien geführt hat. Als „Oberwolf“ (Başbuğ) verehren die Anhänger der Ülkücü“-Bewegung ihre Gründergestalt Alparslan Türkeş. Er verkörpert den Inbegriff des erfahrenen „Leitwolves“, der Gruppen (Rudel) zu führen vermag, die Angst und Schrecken verbreiten. Kurz nach seiner Ernennung zum Offizier wurde Alparslan Türkeş 1944 wegen seiner Sympathien für die deutschen Nationalsozialisten und turanistischen Propaganda zu Haft verurteilt, allerdings bald darauf wieder entlassen. Er gehört 1960 zu den Offizieren, die den Putsch gegen die demokratische Menderes-Regierung betrieben. Aus dem herrschenden „Komitee der Nationalen Einheit“ wurde er dann ausgeschlossen. In den 1960er Jahren erkämpfte er sich die Macht in der damaligen Partei der „Ülkücü-Bewegung“, der Republikanischen Nationalen Bauernpartei (CKMP), die unter seiner Führung 1969 in „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) umbenannt wurde. Zur Machtgewinnung propagierte Türkeş eine Strategie von drei Stufen: Die Eroberung der Straßen, die Eroberung des Staates und die Eroberung des Parlaments.<sup>6</sup>

Zur Eroberung der Macht auf den Straßen und das heißt zur Terrorisierung politischer Gegner wurden unter dem Namen „Graue Wölfe“ militante Jugendgruppen gebildet und paramilitärische Kommandos aufgebaut, die in der Türkei über Jahrzehnte zahlreiche Mordanschläge verübten, denen viele hundert politische Gegner sowie Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten (insbesondere Kurden und Aleviten) zum Opfer fielen. Die Progrome gegen Minderheiten eskalierten 1978 im „Massaker von Maras“, als weit über 100 Aleviten ermordet wurden.<sup>7</sup> Nach einer längeren, relativ „ruhigen“ Phase, nimmt in jüngster Zeit wieder die Aggressivität von Anhängern der Ülkücü“-Bewegung wieder zu. Besorgnis erregte u. a. am 19. Januar 2021 ein Angriff auf einen MHP-kritischen Oppositionspolitiker.<sup>8</sup>

Zwar weisen die Vertreter der MHP Verstrickungsvorwürfe zurück, doch ihre Distanzierung von den „Grauen Wölfen“ ist, im Blick auf ihre Parteistrategie, höchst unglaubwürdig. Nach dem Tod von Alparslan Türkeş 1997 setzte die MHP unter dem Vorsitzenden Devlet Bahçeli auf ein moderateres Auftreten nach außen und wurde so zu einem wichtigen strategischen Verbündeten der AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan.<sup>9</sup> Bei den türkischen Parlamentswahlen im Juni 2018 trat sie in einem Bündnis mit der AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, dt.: Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) an. Sie unterstützt seitdem die imperialistische und islamistisch ausgerichtete Politik des türkischen Präsidenten Recep T. Erdoğan. Seit Jahrzehnten bekannt und berüchtigt sind die Verbindungen der MHP zur organisierten Kriminalität. Erst jüngst lobte der Chef der MHP, Devlet Bahçeli, einen Mafiaboss als „Kameraden und Patrioten“, der dem Chef der größten Oppositionspartei CHP mit dem Tode gedroht hatte.<sup>10</sup> Wie die jüngsten Vorfälle verdeutlichen, bleibt die MHP auch als Regierungspartei in der Türkei der politische Arm der „Ülkücü“-Bewegung, die ihren türkischen Ultrationalismus auch mit terroristischen Mitteln verbreitet.

Die terroristischen Aktivitäten der „Ülkücü“-Anhänger („Graue Wölfe“) beschränken sich nicht auf die Türkei, sondern sind eine internationale Gefahr. Sie erwächst zum einen aus der turanistisch-imperialistischen Zielsetzung und zum anderen aus der großen türkischen Diaspora, besonders in Deutschland. Auch und besonders in Deutschland sind die „Grauen Wölfe“ eine Bedrohung für alle, die von ihnen als vermeintliche Feinde des „Türkentums“ denunziert werden. Dies gilt besonders für die vermeintlichen „innere Feinde“, die sich nicht ihrer türkisch-muslimischen Identität unterordnen wollen, wie Linke/„Kommunisten“, Kurden, Aleviten, Armenier und andere Nichtmuslime.

Unter dem Terrorismus der „Grauen Wölfe“ leiden diese Gruppen seit Jahrzehnten. Bereits 1974 wurde der Bauingenieur Neşet Daniş in Norderstedt von „Grauen Wölfen“ zu Tode geprügelt. Am 5. Januar 1980 töteten „Graue Wölfe“ in Berlin Kreuzberg die Lehrerin Celalettin Kesim. Im Jahr 1984 wurde die Menschenrechtsaktivisten Seyran Ateş bei einem Attentat auf den Kreuzberger Frauenladen TIO verletzt. In den 1990er Jahren kam es zu Angriffen gegen Kurden, Aleviten und politisch Andersdenkende, die 1995 in Neumünster, 1997 in Kiel und

<sup>5</sup> [www.welt.de/politik/deutschland/plus221552028/Tuerkische-Graue-Woelfe-Armenier-in-Deutschland-werden-terrorisiert.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus221552028/Tuerkische-Graue-Woelfe-Armenier-in-Deutschland-werden-terrorisiert.html).

<sup>6</sup> Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): „Ich bin stolz, Türke zu sein!“, S. 23-26, S. 30-31.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>8</sup> [www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-r%C3%BCckkehr-der-grauen-w%C3%B6lfe/a-56315395](http://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-r%C3%BCckkehr-der-grauen-w%C3%B6lfe/a-56315395).

<sup>9</sup> [www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graeue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graeue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland)

<sup>10</sup> [www.tagesschau.de/ausland/graeue-woelfe-hintergrund-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/graeue-woelfe-hintergrund-101.html).

1999 in Köln Todesopfer forderten.<sup>11</sup>

Zahllose Übergriffe richteten sich gegen Angehörige der kurdischen Minderheit. In jüngster Zeit agierten „Ülkücü“-Anhänger als verlängerter Arm des nationalistischen und islamistischen Erdoğan-Regimes in Deutschland. So versammelten sich am 26. März 2016 versammelten sich auf dem Hochfelder Marktplatz in Duisburg Graue Wölfe, um gegen die kurdische PKK und für die türkische Regierungspolitik zu demonstrieren. Als der Bundestag im Juni 2016 eine Resolution zum Völkermord der jungtürkischen Regierung an den Armeniern beschloss, wurden zahlreiche Befürworter dieser Resolution (u. a. Cem Özdemir oder Sevim Dağdelen) bedroht, etwa ein Dutzend MdB mussten Polizeischutz erhalten.<sup>12</sup> Im Zuge des Konflikts um Berg-Karabach wurden zuletzt Armenier bedroht. Der armenische Bischof Serovpe Isakhanyan warnte in einem Brief an Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul vor „Hetzkampagnen türkischer Ultranationalisten, die ihre Anhänger und Sympathisanten gegen die hiesigen Armenier aufzuhetzen“.<sup>13</sup>

Die Organisation „Graue Wölfe“ in Deutschland geht zurück bis in die 1970er Jahre. In München fand 1972 die Gründungsversammlung einer „Türkischen Nationalsozialistischen Arbeitervereinigung“ statt, die zum Kampf gegen Juden als vermeintliche Zerstörer des Osmanischen Reiches, als „Bazillen“ und „Blutsauger“ der Völker aufrief. In dieser Zeit gründete die MHP international Organisationen („Idealisten“-Vereine), um ihre Agenda auch im Ausland zu verfolgen. Mit diesem Ziel bereiste Alparslan Türkeş die Bundesrepublik Deutschland, um politische Kontakte zu knüpfen. Im Juni 1978 wurde in Frankfurt am Main die Türk Federasyon (abgekürzt: ADÜTDF) als Ableger der MHP gegründet. Ihre Mitgliederzahl wird auf mindestens 7.000 Personen geschätzt, die in rund 170 lokalen „Idealisten“-Vereinen organisiert sind. Ihr erster Vorsitzender war Musa Serdar Çelebi, der 1981 wegen des Verdachts der Beteiligung an dem von Mehmet Ali Ağca verübten Papsttattentat verhaftet und an Italien ausgeliefert wurde.<sup>14</sup>

Zur Täuschung und zur Ablenkung von ihren extremistischen Verstrickungen verfolgt die ADÜTDF eine legalistische Strategie. Nach außen bemüht sie sich um ein gemäßigtes und vermeintlich gesetzeskonformes Erscheinungsbild. Sie schreibt sich selbst eine „Brückenfunktion“ zwischen den Türkischstämmigen und deutschen Institutionen zu und behauptet sogar „einen großen Beitrag für den inneren Frieden in der BRD geleistet“ zu haben. In ihrer offiziellen Satzung gibt sich die Türk Federasyon nicht als deutscher Ableger der MHP zu erkennen. Dennoch ist unverkennbar, dass sie eng an die MHP angebunden ist, beziehungsweise sogar von dieser gesteuert wird, und deren Interessen in Deutschland vertritt. So sind in nahezu allen Vereinen (auch in der Zentrale) Publikationen, Bücher etc. der MHP, ihres Gründers Alparslan Türkeş und des heutigen Vorsitzenden Devlet Bahçeli erhältlich.<sup>15</sup>

Auf der Jahreshauptversammlung der Türk Federasyon 1995 in Essen prägte der damalige MHP-Vorsitzende Türkeş den Begriff des „Europäischen Türkentums“ (Avrupa Türklüğü) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität von Anhängern außerhalb der türkischen Landesgrenzen. Unter dem Label des „Europäischen Türkentums“ wird das Ziel verfolgt, eine türkisch-nationalistische Identität gegen die Mehrheitsgesellschaft zu etablieren. Es kommt zum Ausdruck in dem Slogan „Werde Deutscher, bleibe Türke!“, mit dem die Türk Federasyon ihre Mitglieder auffordert, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, um diese dann für die Bildung einer militanten türkisch-nationalistischen Lobby in Deutschland zu nutzen. In seiner Essener Rede 1995 rief Alparslan Türkeş deshalb zu einer aktiven Mitarbeit in den Unionsparteien auf. Seitdem ist in zahlreichen Städten, vor allem in Nordrhein-Westfalen, zu bemerken, dass „Ülkücü“-Anhänger Parteiverbände und Integrationsräte unterwandern. Exemplarisch für solche Bestrebungen sind die Fälle Zafer Topap und Sevket Avci, die in Integrationsräte in Hamm bzw. Duisburg gewählt wurden. Letzterer ist, trotz seiner von verschiedenen Medien dokumentierten Verbindungen zu „Idealisten“-Vereinen, noch immer Stadtrat der Duisburger CDU.<sup>16</sup> In Krefeld zog Mehmet Demir für die CDU in den Stadtrat ein, der nach Medienrecherchen über Jahre enge Kontakte zu führenden Funktionären der Grauen Wölfe gehabt haben soll, darunter sogar der Bundesvorsitzende der Türk

<sup>11</sup> Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): „Ich bin stolz, Türke zu sein!“ a. a. O., S. 45 und S. 51.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 52; [www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland).

<sup>13</sup> [www.fr.de/panorama/graue-woelfe-tuerkei-armenien-bergkarabach-rechtsextremismus-terror-drohbrief-90120559.html](http://www.fr.de/panorama/graue-woelfe-tuerkei-armenien-bergkarabach-rechtsextremismus-terror-drohbrief-90120559.html).

<sup>14</sup> Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): „Ich bin stolz, Türke zu sein!“ a. a. O., S. 44 und S. 56.

<sup>15</sup> Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): „Ich bin stolz, Türke zu sein!“ a. a. O., S. 56-57.

<sup>16</sup> [www.welt.de/regionales/nrw/article215834372/Rechtsradikale-mit-Zuwanderungsgeschichte-Auch-tuerkischrechts-ist-rechts.html](http://www.welt.de/regionales/nrw/article215834372/Rechtsradikale-mit-Zuwanderungsgeschichte-Auch-tuerkischrechts-ist-rechts.html); [www.cdu-fraktion-duisburg.de/#](http://www.cdu-fraktion-duisburg.de/#).

Federasyon.<sup>17</sup>

Die öffentlichen Beteuerungen von Funktionären der Türk Federasyon (ADÜTDF) ihrer Friedfertigkeit, Verfassungstreue, ihres Verständigungs- und Integrationswillen sind als strategische Kommunikation zur Verschleierung ihrer extremistischen Bestrebungen anzusehen. Dies zeigt sich in ihrer engen Verbundenheit mit der MHP, die als regierungstragende Partei in der Türkei für eine antidemokratische und menschenrechtswidrige Politik steht. Gerade die Verbindung mit dem türkischen Staat gibt der Türk Federasyon bedenkliche Machtmittel, um gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu agieren. Wie der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen in seinem aktuellen Bericht feststellt, ist die ADÜTDF „streng hierarchisch organisiert“ ist, so dass die Weisungen der Parteizentrale der MHP in Ankara „in der Regel sofort in den örtlichen Vereinen umgesetzt“ umgesetzt werden.<sup>18</sup>

Auch wenn sich die Funktionäre „nach außen um ein gesetzeskonformes Verhalten“ bemühen, werden nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer „insbesondere die Kurden als Verräter und Terroristen stigmatisiert“ und ihre Bekämpfung gerechtfertigt. Noch deutlicher erkennbar sei „diese Ideologie bei den zahlreichen nicht in Dachverbänden organisierten Anhängern der Ülkücü-Bewegung in deren verbaler Hetze im Internet“. Eine zentrale Rolle schreiben die Verfassungsschützer gewaltverherrlichender Musik zu, insbesondere dem seit Ende der 1990er-Jahre entstandenem deutsch-türkische Rap, der häufig „harte Männer“ darstelle, „die alles vernichten, was sich ihnen in den Weg stellt“. Zwischen der Agitation „Grauer Wölfe“ und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Kurden (z. B. im Oktober 2019 in Herne, Bottrop und Köln) sieht der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen einen engen Zusammenhang.<sup>19</sup>

Vor der Agitation der Ülkücü-Anhängerschaft hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bereits 2009 gewarnt: „Die hasserfüllte Propaganda gegen bestimmte Nationen, Religionen, Ethnien und Minderheiten verstößt gegen das Prinzip der Völkerverständigung (Artikel 9 Absatz 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Absatz 1 GG). Viele Aussagen und Darstellungen, die sich in Internet-Beiträgen der Bewegung finden (z. B. Beschimpfung von Juden, Kurden oder Demütigung von Homosexuellen) verstoßen darüber hinaus gegen die Würde des Menschen (Artikel 1 GG). Der Einfluss des Ideologietransfers auf Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland bzw. in NRW ist nicht zu unterschätzen. Die Internetnetzwerke haben sich verselbstständigt und spielen eine große Rolle im Alltagsleben vieler Jugendlicher. Die Internetauftritte und Videos legen die Vermutung nahe, dass die Ülkücü-Bewegung mit ihren Positionen und Forderungen das Entstehen einer extremistischen, isolierten Jugendbewegung in Europa und auch in Deutschland fördert. Sie entfalten dadurch letztendlich auch eine starke integrationshemmende Wirkung“.<sup>20</sup> Bereits 2005 hatte der Verfassungsschutz Baden-Württemberg festgehalten, dass durch „die Zugehörigkeit zu einem Verein dieser Ausrichtung eine Integration in die deutsche Gesellschaft gleichsam unmöglich erscheint, richten sich doch die Ziele der ‚Idealisten‘ nicht nur gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, sondern sind gleichzeitig auch als antidemokratisch, antiliberal und antipluralistisch zu werten“.<sup>21</sup> Der Verfassungsschutzbericht des Bundes 2019 stellt fest, dass die ADÜTDF mit ihrer Ideologie von „der Überlegenheit des Türkentums“ dem „im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz“ widerspricht.<sup>22</sup>

Nach Artikel 9 Absatz 2 GG sind Vereinigungen zu verbieten, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten.

Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden lassen keinen Zweifel daran, dass die Tätigkeit der ADÜTDF gegen die verfassungsmäßige Ordnung und insbesondere den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist. Ein zunehmendes Gefahrenpotential der ADÜTDF liegt, angesichts ihrer Verbundenheit mit der MHP und damit dem Erdogan-Regime, in ihrer Ausrichtung gegen die Völkerverständigung. Darunter leiden Angehörige verschiedener Nationalitäten und Ethnien, gegenwärtig insbesondere armenische Volks- und Staatsangehörige. Der

<sup>17</sup> [www.heise.de/tp/features/Graue-Woelfe-in-Deutschland-5022040.html?seite=all](http://www.heise.de/tp/features/Graue-Woelfe-in-Deutschland-5022040.html?seite=all).

<sup>18</sup> Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2019, S. 192.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 194-197.

<sup>20</sup> [www.yumpu.com/de/document/read/3119726/internetaktivitaten-der-ulkucu-bewegung-graue-wolfe-mik-nrw](http://www.yumpu.com/de/document/read/3119726/internetaktivitaten-der-ulkucu-bewegung-graue-wolfe-mik-nrw).

<sup>21</sup> [https://archive.vn/20130212085440/http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=507:072005-militaristischer-idealisten-eidq-auf-aduetdf-veranstaltung-im-raum-stuttgart&catid=173:extremnationalistische-tuerken-gg-aduetdf&Itemid=270](https://archive.vn/20130212085440/http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=507:072005-militaristischer-idealisten-eidq-auf-aduetdf-veranstaltung-im-raum-stuttgart&catid=173:extremnationalistische-tuerken-gg-aduetdf&Itemid=270).

<sup>22</sup> Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2019, S. 258.

Gedanke der Völkerverständigung dient auch dem Schutz des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Volksgruppen auf deutschem Territorium. Volksgruppen sind Bevölkerungsteile, die sich durch ein spezifisches Unterscheidungskriterium i. S. d. Artikels 3 Absatz 3 GG von anderen Bevölkerungsteilen abgrenzen.<sup>23</sup> Zu den grundgesetzlich geschützten Differenzierungskriterien nach Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Variante 1 GG gehören Abstammung und Nationalität. Im Blick auf ihre Verbindung zur MHP steht außer Zweifel, dass die ADÜTDF beabsichtigt, Gewalt in das Verhältnis von Völkern hineinzutragen. Dies betrifft Volksgruppen im Sinne gemeinsamer Abstammung oder Identität ebenso wie Nationalstaaten. Aus Sicht der „Grauen Wölfe“ stellt sich die Frage einer solchen Differenzierung nicht, weil ihr politisches Ziel ein ethnisch, religiös und ideologisch homogenes großtürkisches Reich („Turan“) ist.

Mit ihrer „turanistischen“ Ideologie erzieht die ADÜTDF ihre Mitglieder zu einer beharrlichen Ablehnung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. Die verfassungsfeindliche Zielsetzung äußert sich nicht nur theoretisch; vielmehr zeigt sich die ADÜTDF in ihrer Tätigkeit geprägt von „einer kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber den elementaren Grundsätzen der Verfassung“ und erfüllt damit den Verbotstatbestand des Artikel 9 Absatz 2 GG.<sup>24</sup>

Wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, muss eine Vereinigung verboten werden, wenn ein Verbotstatbestand des Artikels 9 Absatz 2 GG gegeben ist und andere Mittel nicht greifen. Da die langjährige Praxis der Beobachtung der ADÜTDF ihre verfassungsfeindlichen Aktivitäten nicht wirksam unterbinden konnte, erscheint ein Organisationverbot überfällig.

---

<sup>23</sup> Vgl.: Groh, Vereinsgesetz, 1. Auflage 2012, Rz. 19.

<sup>24</sup> Zum Verbotstatbestand: [www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2018/07/rs20180713\\_1bvr147412.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2018/07/rs20180713_1bvr147412.html).

